

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Mengenausgabe angegeben. Redaktion: SW. 66, Cindenzstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292-295. Tel.-Anschluß: Sozialdemokrat Berlin.

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verlag und Anzeigenabteilung. Geschäftstagen 9-4 Uhr

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin SW. 66, Cindenzstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 2506-2507

## Deutschlands Eintritt in den Völkerbund.

### Verhandlungen in London.

London, 18. November. (Eigener Drahtbericht.) Der Generalsekretär des Völkerbundes weist in diesen Tagen in London, wo er mit den maßgebenden Persönlichkeiten u. a. auch über den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund verhandelt hat. Der englische Ministerpräsident soll im Verlaufe dieser Unterredungen darauf verwiesen haben, daß Deutschlands Eintritt in den Völkerbund sobald wie möglich erfolgen soll, und zwar unter Bedingungen, die seiner Würde entsprechen. Nach Möglichkeit soll ein deutscher Antrag mit größter Beschleunigung erledigt werden.

### Reparationsagent und Ausfuhrabgabe.

#### Amerikanische Kommentare zum Gilbert-Brief.

New-York, 18. November. (Kabeldienst der U.) Handelsvertragskrise und Gilbert-Brief bilden den fast ausschließlichen Gegenstand der Berliner Berichte der amerikanischen Presse. Sämtliche Korrespondenten betonen, daß, obgleich Gilbert erklärt habe, sein Brief bedeute keinen Angriff auf den Recovery-Akt, er praktisch doch den ganzen Akt angreife. Der Ernst der Lage wird unterstrichen und es wird hervorgehoben, daß von dem Ausgang der jetzt schwebenden Verhandlungen der Erfolg oder Mißerfolg des ganzen Dawes-Planes abhängt.

Der Berliner Vertreter der „Chicago-Tribune“, George Selows, schreibt, der Zweck der Aktion Gilberts sei bereits vor einem Monat von Owen Young angedeutet worden. Young habe durchblicken lassen, daß die 26prozentige Ausfuhrabgabe den Dawes-Plan zunichte machen werde. Gilbert habe also in Übereinstimmung mit den Anschauungen Youngs sofort nach Übernahme der Geschäfte eine Aktion eingeleitet, um den Plan sicherzustellen. Der jetzige Schritt Gilberts bedeute indirekt einen Angriff auf den Recovery-Akt. Gut unterrichtete Sachverständige geben zwar zu, daß Gilbert nicht die Befugnisse des Recovery-Aktes angreife, sie weisen aber darauf hin, daß der Generalsekretär ihn dadurch, daß er für sich das alleinige Recht der Einziehung und Transferierung der Reparationsgelder in Anspruch nimmt, praktisch unbrauchbar und hinfällig mache. Der Korrespondent fügt hinzu, daß, falls England und Frankreich auf der 26prozentigen Ausfuhrabgabe bestehen sollten, Gilbert aber die Rückzahlung an die deutsche Regierung oder die deutschen Exporteure einstellen würde, dies die völlige Erbrockelung der deutschen Ausfuhr zur Folge haben würde.

Der Korrespondent der „New York World“ schreibt, die Krise der deutschen Handelsvertragsverhandlungen mit Frankreich sei durch die Aktion Gilberts noch weiter kompliziert worden. Gilberts Aktion habe großes Aufsehen in allen europäischen Ländern hervorgerufen und die Amerikaner betrachten diese Angelegenheit als einen Schritt, der für den Erfolg oder Mißerfolg des Dawes-Planes von erheblicher Bedeutung sei. Aus Gilberts erster Veröffentlichung der Einnahmen und Ausgaben gehe hervor, daß der Recovery-Akt das wichtigste Problem darstelle. Er sei ein doppelklingendes Schwert, mit dem sich England den Bösenanteil an den Reparationen sichere und eine Maßnahme in der Hand habe, um die deutsche Produktion und den deutschen Handel zu beeinflussen. Es unterminiere den Dawes-Plan und gefährde seine Zukunft. Gilberts Aktion zielt infolgedessen darauf hin, die Rechtsbefugnisse des Reparationsagenten wieder herzustellen.

### Den befreiten Gebieten.

#### Glückwünsche des Reichspräsidenten.

Der Reichspräsident hat aus Anlaß der Räumung der sogenannten Flaschenhälse an die Oberpräsidenten der beteiligten Provinzen Begrüßungstelegramme gerichtet.

Dem Oberpräsidenten der Rheinprovinz ist folgendes Telegramm zugegangen: „Wieder sind Teile des Rheinlandes von fremder Willkürherrschaft freigemorden und ihre Bewohner aufs neue mit uns vereint. Ganz Deutschland grüßt sie, die das harte Los der Fremdherrschaft so tapfer und treu getragen haben, in herzlichster Dankbarkeit.“

Dem Oberpräsidenten der Provinz Hessen-Nassau über sandte der Reichspräsident folgendes Telegramm: „Den Bewohnern des heute von fremder Besatzung befreiten Gebietes der Provinz Hessen-Nassau übermittle ich namens des Reiches herzlichste Grüße und die Versicherung dankbarer Anerkennung für mannhaftes Aushalten in der schweren Zeit der Fremdherrschaft.“

Reichsminister Morg hat an den Oberbürgermeister von Darmstadt folgendes Telegramm gerichtet: „Der Verwaltung und der Bevölkerung von Darmstadt spreche ich aus Anlaß der jüngsten Räumung durch die Besatzungstruppen herzlichsten Glückwunsch aus. Mögen die daraus erwachsenden Erleichterungen für Wirtschaft und Verkehr sich zum Vorteil aller Volkströme auswirken.“

### Klara Zetkin in Georgien.

#### Aus Tiflis wird uns geschrieben:

Es ist einer Gruppe hiesiger Georgierinnen gelungen, Zutritt zu der hier befindlichen Vertreterin der kommunistischen Internationale, Klara Zetkin, zu erlangen und ihr einen Teil der furchtbaren Wirklichkeit zu schildern, die ihr dank den raffinierten Maßnahmen der bolschewistischen Behörden bisher verschüllt blieben. Die Frauen einiger erschossener georgischer Genossen gelangten auf Umwegen zu Klara Zetkin und übergaben ihr eine schriftliche Darstellung der Grauel, die sie über sich ergehen lassen mußten. Klara Zetkin empfing die Besucherinnen zunächst sehr schroff und ablehnend

und unterwarf sie einem strengen Verhör, wor das Schreiben an sie verfaßt und überfetzt habe usw. Aber als sie die Schilderungen der armen Frauen vernahm, änderte sie allmählich ihren Ton. Auf den Hinweis einer der Besucherinnen auf die furchtbare Not, in der die Familien der Erschossenen zurückgelassen sind, bemerkte Frau Zetkin: „Wie ist denn das möglich? Ihr werdet ja von den europäischen Kapitalisten unterstützt?“ Darauf zerrte eine der Besucherinnen, die Frau des erschossenen Arbeiters Ch., ihr Kleid und zeigte Klara Zetkin daß sie keine Wäsche und Unterkleidung habe. Sie verlangte, daß Frau Zetkin sie in ihrer Wohnung besuche, um sich zu überzeugen, in welchem Elend jene Leute lebten, die angeblich von ausländischen Kapitalisten unterstützt würden.

Klara Zetkin geriet darauf in große Erregung, griff sich mit beiden Händen an den Kopf und flüsterte: „Was entsetzlich, wie entsetzlich!“ Indessen blieb alles bei diesen Ausrufungen des Missgefühls. Auf die Bitte um ihre moralische Unterstützung erklärte Frau Zetkin melancholisch: „Ich kann mich in die Handlungen der Regierung nicht einmischen!“ Wir sind gespannt, ob Frau Zetkin wenigstens soviel Mut haben wird, um drüben in Deutschland offen und aufrichtig ihre Eindrücke von diesem Besuche wiederzugeben.

Die erwähnten Frauen der erschossenen georgischen Genossen versuchten noch einmal zu Frau Zetkin zu gelangen, um ihr das Verzeichnis der Erschossenen und den Appell der georgischen Arbeiter in Tiflis zu übergeben. Der Versuch mißlang aber, da das Hotel Bebel, in dem Klara Zetkin logiert, so sorgfältig von den Tschekisten bewacht wird, daß es unmöglich ist, undemert in das Haus einzudringen.

### Seipels Sturz.

#### Die Sozialdemokratie bleibt in der Opposition.

Wien, 18. November. (WLB.) Die bürgerliche Presse gibt ihrem tiefen Bedauern darüber Ausdruck, daß der endgültige Rücktritt Dr. Seipels trotz der noch bis zum letzten Augenblick gehegten Hoffnung auf sein Verbleiben an der Spitze der Regierung nun doch Tatsache geworden ist. Die Erörterungen der Blätter über Ursache und Wirkung dieses nach ihrer Ansicht für die weitere Entwicklung Oesterreichs einschneidenden Ereignisses gipfeln in der Feststellung, daß Seipel schließlich ein Opfer des Gegensatzes zwischen Bund und Ländern in seiner eigenen Partei geworden sei. Die voraussetzliche neue christlichsoziale Regierung werde in Finanz- und außenpolitischer Beziehung einen sehr schweren Stand haben. Seipel werde aber in seiner Eigenschaft als Obmann der Christlichsozialen Partei glücklicherweise auch weiterhin ausschlaggebenden Einfluß auf die Politik behalten.

Die „Arbeiterzeitung“ sieht den Ausgangspunkt für „Seipels Sturz“, wie sie seinen Rücktritt bezeichnet, in der von ihm in Genf angenommenen Beschränkung des Budgets auf 495 Millionen Kr. Die dadurch nötig gewordenen einschneidenden finanziellen Maßnahmen hätten den Widerstand der hart betroffenen Länder hervorgerufen. Die Verfassungsfrage sei aufgeworfen worden und damit sei der offene Interessengegensatz zwischen der Christlichsozialen Partei Wiens und den Christlichsozialen der Länder zutage getreten. In seiner Erwartung, diese Widerstände durch die Demissionsdrohung zu überwinden, habe sich Dr. Seipel geäußert. Daraus habe sich keine Niederlage in Wien ergeben. Dieser Sieg der Föderalisten der Länder über die Zentralisten Wiens zu überschätzen, wäre freilich verfehlt, da Seipel als Obmann seiner Partei weiter wirken werde. Es gebe aber noch eine Macht in Oesterreich, die die Pläne der vorbeschriebenen christlichsozialen Richtungen noch sehr energisch verhalten könnte, nämlich die Sozialdemokratie. Dr. Seipel sei gestürzt, die Sozialdemokratie aber lebt noch und werde auch gegen Seipels Nachfolger nicht schwächer sein als sie es gegen Seipel selbst gewesen sei.

### Völkische Attentäter.

#### Prozess gegen die „Erwachenden Ungarn“.

Budapest, 18. November. (WLB.) Heute, Dienstag, begann vor dem ungarischen Staatsgerichtshof der Prozess gegen sieben Teilnehmer an den in den letzten Jahren erfolgten und lange Zeit hindurch unaufgeklärt gebliebenen Bombenattentaten. Die Staatsanwaltschaft hat vor allem Anklage wegen achtfachen Mordes und 23 Mordversuche erhoben gegen den 24jährigen Bankbeamten Joseph Morffy. Ihm und den Mitangeklagten, die alle unter 24 Jahren sind, werden das Bombenattentat gegen das Elisabethstädter Kasino im Frühjahr 1922, dem acht Personen zum Opfer fielen, zur Last gelegt, ferner die Attentatsversuche gegen das ungarische Gerichtsgebäude, gegen den Abgeordneten der Nationalversammlung, Kossay, gegen den Redakteur des „Nj Est“, Andor Miklos, gegen das Gebäude des tschechischen Konsulats, gegen das Gebäude der französischen Gesandtschaft. Weiter werden sie angeklagt, Drohbriefe abgeschickt zu haben, in denen dem Ministerpräsidenten Grafen Bethlen wegen seiner auf der Genfer Konferenz zugunsten der Tschekoslowaken eingenommenen Haltung, der Budapest Oberstleutnantmannschaft wegen ihrer Stellung zugunsten der Politik des Grafen Bethlen, der Budapest französischer Gesandtschaft endlich als einer am Körper der ungarischen Nation zehrenden Räuberbande die Ausrottung mittels Bomben und Maschinen in Aussicht gestellt wird. Die verschiedenen Attentate und Attentatsversuche wurden, wie die Anklageschrift angibt, in den Räumen einer der Gruppen der Vereinigung der „Erwachenden Ungarn“ vorbereitet.

## Ein Dokument der Schande.

### Die Kommunisten rühmen sich des Arbeiterverrats.

Am 7. Dezember verteidigt die deutsche Arbeiterschaft sich gegen die politische Reaktion, die in Deutschland die Herrschaft des Bürgerblocks errichten will. Sie kämpft gegen das Scharfmachertum, dessen Ziel der Raub des Achtstundentages, die soziale Unterdrückung der deutschen Arbeiterschaft ist. Nach der Wahl beginnt das Ringen um die parlamentarische Auswertung des Wahlergebnisses. Die Wähler entscheiden nicht nur über die Stärke der Vertretung der Parteien im Parlament, sie entscheiden gleichzeitig über die kommende Regierung.

Nach dem 7. Dezember ist durch das Wahlergebnis die Linie der praktischen Politik in Deutschland auf Jahre hinaus festgelegt. Bürgerblock oder Sozialdemokratie, links oder rechts, soziale Gerechtigkeit oder Diktatur des Scharfmachertums, so lautete die Entscheidung, die ein jeder Wähler an seinem Teile in der Hand hält.

Das deutsche Parteiensystem mit seiner Zerspaltung und seinen Schwächen verwirrt immer wieder den freien Blick für so reinliche Scheidung und für die Erkenntnis der großen sozialen Gegensätze, um die es geht. Tatsache, daß der politische Rahmen mancher deutscher Parteien nicht übereinstimmt mit ihrem sozialen Inhalt, verdunkelt das Wesen der politischen parlamentarischen Entscheidung.

Die Arbeiterschaft muß deshalb am 7. Dezember die größte Geschlossenheit beweisen. Sie muß eine einheitliche, zahlenmäßig so starke Vertretung in den Reichstag entsenden, daß keine politische und soziale Entscheidung in Deutschland mehr möglich ist, ohne daß dabei die Wucht der Arbeiterstimmen entscheidend mit ins Gewicht fällt. Voraussetzung dafür ist, daß endlich Schluß gemacht wird mit der sinnlosen, arbeiterversäuernden, nur der Reaktion dienenden Zerspaltungspolitik der Kommunisten. Die kommunistische Partei kennt neben der Politik der geschwollenen sinnlosen Agitationsphrasen nur das eine praktische Ziel: zu verhindern, daß die Arbeiterschaft als geschlossenes Ganzes gegenüber der politischen und sozialen Reaktion auftritt. Es ist das Ziel der kommunistischen Partei, das Zustandekommen einer parlamentarischen Konstellation zu verhindern, die der Sozialdemokratie so viel Macht gibt, daß es ihr gelingt, die bürgerlichen Mittelparteien nach links zu ziehen.

Diese Politik hat im letzten Reichstag jenes trostlose und aberwitzige Durcheinander hervorgerufen, aus dem nur der Ausweg der Auflösung des Reichstages offen blieb. Ihr Treiben im letzten Reichstag hat den Übermut der Reaktion gefördert. Nur auf den Schultern der Kommunisten konnten die Deutschnationalen es wagen, die Hand nach der Regierung auszustrecken. Nur auf den Schultern der Kommunisten kann auch im neuen Reichstag eine Regierung zustande kommen und leben, die der Arbeiterschaft die letzten sozialen Errungenschaften raubt und sie politisch und wirtschaftlich rechtlos macht.

Um ihre Existenz rechtfertigen, um den Anschein zu erwecken, als ob ihre bolschewistische Theorie mit den Tatsachen in Einklang zu bringen sei, wollen die Kommunisten dem Rechtsblock in den Sattel helfen. Diesem Zwecke dient neben ihrer wahnwitzigen praktischen Politik der Bundeshilfe für die Reaktion die bildsinnige Agitationsphrase von dem Bündnis zwischen Sozialdemokraten und Deutschnationalen. Diese Phrase im Augenblick, wo das ganze Volk in großer politischer Erregung entscheidet über die Fragestellung Bürgerblock oder Sozialdemokratie, deutschnational oder sozialdemokratisch! Diese Phrase in dieser Situation ist nicht nur bildsinnig, sie ist ein Verbrechen an der Arbeiterschaft. Die Kommunisten wollen den Sinn der großen sozialen Entscheidung verdunkeln, die am 7. Dezember zwischen der Sozialdemokratie und der Reaktion fällt.

Das heißt, der Arbeiterschaft im Entscheidungsskampf in den Rücken fallen. Jene verblendeten Arbeiter, die trotz aller Erfahrungen, trotz der offenen Bundesgenossenschaft der Kommunisten mit der Reaktion immer noch den Kommunisten folgen, wüten gegen sich selbst und ihre Klassen Genossen. Sie handeln wie Besessene, die sich selbst verstümmeln im Augenblick, wo es gilt, die Arme gegen den Feind zu brauchen.

Ein unerhörtes Dokument beleuchtet aufs neue die arbeiterversäuernde Haltung der Kommunisten. Die kommunistische Zentrale hat an die kommunistische Organisation in Anhalt folgendes Schreiben gerichtet, das in der „Roten Fahne“ abgedruckt ist:

#### An die kommunistische Organisation in Anhalt Werte Genossen!

Der Ausgang der Landtagswahlen in Anhalt hat bewiesen, daß gewisse Schichten von Kleinbürgern, Kleinbauern und Arbeitern vorübergehend den Kommunisten verfallen und der SPD ihre Stimme gegeben haben. Die Hauptursache dieser Erscheinung ist uns bekannt. Sie liegt darin, daß die kommunistischen Abgeordneten im Anhalter Landtag in diesem Sommer zum Sturze der sozialdemokratischen demokratischen Regierung beigetragen haben. Es ist der SPD gelungen, eine Hezbe gegen die Kommunisten bei rückständigen Bevölkerungsschichten zu inszenieren mit der Anklage, daß die SPD die „reaktionäre Regierung“ in den Sattel gebracht habe.

Wir bekräftigen noch einmal, daß ihr in der Frage der Anhalter Regierung richtig gehandelt habt. Es kommt für die kommunistische Partei darauf an, die wahren Interessen des Proletariats

auf lange Sicht zu vertreten, aber nicht in jedem Augenblick den rückständigen Stimmungen eines Teiles der Arbeiter und Kleinbauern nachzugeben. Die kommunistische Landtagsfraktion in Anhalt war verpflichtet, offen den Kampf gegen die Noske-Deinert-Partei bis zu den äußersten Konsequenzen aufzunehmen, ohne Rücksicht darauf, daß die Kleinbürgerliche Reformpolitik der Neus-Deute auf die Massen in Anhalt noch gewissen Eindruck macht. Auch in Anhalt werden die Arbeiter und Bauern in nicht so ferne Zeit einsehen, wer an ihrem Angeld schuld ist, daß das Elend der Massen in Deutschland durch das Bündnis der Sozialdemokraten mit den Großkapitalisten verursacht wurde. Dann werden alle jene den Kommunisten danken, die ihnen heute wegen ihrer grundsätzlichen Haltung Vorwürfe machen.

Genossen! Ihr seid auf dem richtigen Wege! Ihr habt die Verpflichtung, auch weiter in Anhalt im Sinne des grundsätzlichen Kommunismus und ohne jedes Kompromiß mit der Sozialdemokratie zu arbeiten. Die Klassenbewußte Arbeiterschaft im übrigen Deutschland teilt unsere Auffassung. Sie läßt sich durch den Erfolg der anhaltischen Kleinbürgerliche Reformpolitik nicht einen Moment irreführen und wird am 7. Dezember eine große Demonstration gegen das deutsche und internationale Kapital und gegen die traurigen Heiden der 2. Internationale zustande bringen.

Mit kommunistischem Gruß

Berlin, 14. November 1924.

Zentrale der KPD.

Mit zynischer Frechheit gesteht die kommunistische Zentrale ein, daß sie jener reaktionären Regierung in Anhalt in den Sattel geholt hat, die durch ihre Mißwirtschaft, durch ihre Klassenpolitik gegen die Arbeitenden jene Empörung ausgelöst hat, die sie bei der letzten Landtagswahl in Anhalt hinweggefegt hat. Die kommunistische Zentrale rühmt sich dieses Arbeiterverrats. Sie empfiehlt ihren Organisationen, auch in Zukunft wieder so zu handeln. Die kommunistische Partei wird — das geht aus diesem Dokument der Schande aus — das klarste hervor — auch im kommenden Reichstag alles daran setzen, das Zustandekommen einer nach links orientierten Regierung zu verhindern. Sie will nicht, daß bei den kommenden sozialen Entscheidungen die Arbeiterschaft eine starke und einflußreiche Position hat, sie will nicht, daß die Lage der Arbeiterschaft verbessert werde. Sie will nicht, daß auf politisch-parlamentarischem Wege die Arbeiterschaft sich erhebt aus der gedrückten Stellung, in die sie die Uebermacht des Großkapitals in der Inflationszeit geworfen hat.

Nichts verlogener, als wenn diese traurigen Gesellen von einem Bündnis der Sozialdemokraten mit den Großkapitalisten sprechen. Wahrscheinlich, die Kommunisten würden ein Bündnis zwischen Sozialdemokraten und Großkapitalisten nur zu gerne sehen! Es wäre lächerlich, gerade in diesem Augenblick der großen Entscheidung das Unsinnige der Behauptung eines Bündnisses zwischen Sozialdemokratie und Großkapital mit Argumenten widerlegen zu wollen. Die Sozialdemokratie ist nicht der Zutreiber des Großkapitals. Sie hat nicht den Uebermut der Reaktion gefördert. Sie hat nicht Zutreiberdienste für die Deutschnationalen geleistet. In diese Ehe teilen sich die Deutsche Volkspartei, die Partei Stinnes und die kommunistische Partei, die Partei des Arbeiterverrats und der Schande.

Jeder Arbeiter muß brennende Scham empfinden darüber, daß eine solche Partei, die sich offen mit ihren Zutreiberdiensten für die Reaktion brüsst, es noch wagen darf, politisch aufzutreten. Diese Schande muß ausgetilgt werden! Die kommunistische Partei muß verschwinden, damit die deutsche Arbeiterschaft einig und siegreich gegen die politische und soziale Reaktion antämpfen kann. Keine Stimme am 7. Dezember den Kommunisten! Für die große, geschlossene, zielbewußte Arbeiterpartei, die Sozialdemokratie!

Die Einbürgerung des englischen Genossen Morel fand am Montag auf Wunsch des Verstorbenen im eigenen Familienkreise statt.

## Der Spruch der Sterne.

Von Hans Bauer.

Vor langer Zeit lebte irgendwo im fernen Indien ein Kaiser, der einer großen Hof hielt.

Tausende von Beratern, Zehntausende von Höflingen lebten in seinem Schlosse, allen öffnete er sein Ohr und groß war die Fülle der Anträge, von denen er täglich sich und die Regierung des Landes beeinflussen ließ.

Da trat eines Tages sein Sternendeuter, ein kluger und weiser Greis, vor ihn und sagte: „Herr! Schweres Unheil, so haben mir die Sterne verraten, droht deinem Hause. Nur eine Bedingung kann es ihm fernhalten. Sie ist freilich schlimm und fürchterlich, aber die einzige. Von der Nacht an, zu der am nächsten Male die Scheibe des Mondes sein Licht wirft, muß an allen folgenden Tagen einer aus deinem Berater, und Höflingstreihe freiwillig dadurch aus dem Leben scheiden, daß er sich um deines Hauses willen zur Mittagsstunde an dem Palmenbaume erhängt, der am weitesten südlich im Schloßpark steht. Basse der Spruch der Sterne am Hofe ausrufen. Ich zweifle nicht daran, daß sich genug finden, die den Tod gering achten, der um deines Hauses willen vornehm ist.“

Der Kaiser war aufs tiefste erschüttert. Aber er sah ein, daß der Spruch der Sterne unumwiderlich sei und fragte nur noch, wie lange die Erhängungen zu erfolgen hätten.

Darüber hätten die Sterne noch nichts gesagt, erwiderte der Greis. Aber er glaube gewiß, daß auch das ihm noch offenbart werde.

Da ward im Schlosse verkündet, daß dem kaiserlichen Hause Gefahr drohe und daß an die Getreuen appelliert werde.

Und siehe da: Nach dreien Tagen, als die Gefahrzeit begann, hing prompt ein Berater des Königs an der südlichsten Palme und am nächsten Tage wieder einer. . . Vier Monate vergingen und kamen. . . Oft fragte der Kaiser den Sternendeuter, wann die Gefahrzeit denn beendet sei; denn er liebte die Menschen seines Hofes und beklagte bitter das Schicksal, das so harte Prüfungen erforderte. „Noch nicht,“ konnte der nur immer die Brauen runzeln. „Noch nicht.“

Inzwischen erhängten sich die Getreuen weiter zum Glücke des Kaiserhauses, freiwillig. Ohne Zwang. Denn ausdrücklich hatte der Greis es betont, daß kein Druck auf irgend jemand ausgeübt werden dürfe, sonst sei der Tod vergebens und das Unheil nahe sich doch. Fünf Monate rannen dahin, sechs Monate. . . Die Hoffschär schickte sich mehr und mehr. Da — — — hing eines Nachmittags kein Teufel am Palmenbaume.

Als dem Kaiser das berichtet ward, ließ er sofort den Sternendeuter rufen und erzählte ihm von dem Fürchtbaren. Und wie sehr er auch die Menschen liebte: er trat doch in heftiges Krigen dar-

## Wirth und Strefemann.

Zentrum gegen Volkspartei.

Herr Strefemann hat in einer seiner Parteitagreden den Versuch gemacht, einen Unterschied zwischen der von Wirth geführten Außenpolitik und der Strefemannschen Außenpolitik zu machen. Der Versuch wurde im Wahlauftritt der Volkspartei sorgefegt. Herr Strefemann, dessen Außenpolitik die geradlinige Fortsetzung der bisherigen Außenpolitik sein mußte — wenn er überhaupt als Außenminister möglich sein sollte, hat die Männer, die seine Vorgänger waren, ohne dessen vernünftige Politik er gar nicht in die Lage gekommen wäre, überhaupt noch deutsche Außenpolitik zu treiben, beschimpft aus krankhaftem Ehrgeiz. Die „Germania“ weist diesen Ausfluß von Großmannsucht energisch zurück:

„Der Erfüllungswille von 1924 ist also durchaus nicht verschieden von dem von 1924, sondern im Gegenteil vollkommen kongruent. Damals wie heute unterschrieben wir mit Rücksicht auf den Reim, der zu Verbesserungen und gerechtere Lösungen führen soll, nur daß wir diesen Reim 1921 erst unter schwierigen Umständen suchen mußten, während wir heute hoffen können, ihn in den jüngsten Londoner Abmachungen gefunden zu haben. Der angelegte Erfüllungswahnsinn Dr. Wirths aber ist nichts als eine dreiste Geschichtsklitterung, die die Kurzichtigkeit der Rechten beschönigen soll, und die um so mehr zerstört werden muß, als sie die Grundlage bietet für eine persönliche Hege, wie sie das Kennzeichen der schlimmsten politischen Verwirrung in Deutschland war und wie sie selber auch heute noch nicht ganz ausgestorben ist.“

Große Männer der Geschichte haben häufig zur Erhöhung ihres Ruhmes Geschichtsklitterungen begangen, andere verkleinert, um sich selbst zu erhöhen. Das Format, das schließlich die Geschichtsklitterung als kleinen unnötigen Flecken erscheinen läßt, fehlt Herrn Strefemann. Er steht zur deutschen Außenpolitik nicht im Verhältnis des Schöpfers zum Geschöpf. Er dient einer von anderen geschaffenen und durchgelebten selbständigen Außenpolitik. Er ist Staatsmann nur, solange er ihr dient. Gibt er sie auf, so gibt er sich selbst auf.

## Diktatoren auf der Mandatsjagd.

Warum Dinter den Nationalsozialisten untreu wurde.

Als die Völkchen nach den Bürgerblockwahlen in das thüringische Parlament einzogen, verlor sich Artur Dinter zum Diktator der deutschvölkischen Landtagsfraktion aufzuwerfen. Der Versuch mißlang, da Dinter eine völkische Politik betreiben wollte, während sich seine Fraktionsfreunde mit dem Parlamentarismus, wie er ist, abfanden. Es kam zu einem Streit, in dessen Verlauf Dinter — die Vereinigung mit den Nationalsozialisten war noch nicht vollzogen — eine Ergebenheitsadresse an Ludendorff und Hitler sandte. Er erklärte sich bereit, sich der Diktatur der Reichsführerschaft zu unterwerfen. Worauf dieser Schachzug zielte, war klar. Dinter wollte sich die Freundschaft Ludendorffs bei der bevorstehenden Vereinigung der Völkischen mit den Nationalsozialisten sichern. Die Vereinigung erfolgte auf dem Weimarer Parteitag. Der Spruch Ludendorffs fiel aber nicht zu Dinters Gunsten aus. Und damit war es auch mit der Ergebenheit Dinters für die „heilige“ Sache Ludendorffs aus. Er zog sich zunächst schmolend zurück, um nach der Auflösung des Reichstags dem völkischen Diktator in den Rücken zu fallen. Dinter bildete mit Esser und Streicher eine neue „Reichsführerschaft“, die die Reichsführer Ludendorff-Gräfe-Strasser in der gefährlichsten Weise bekämpfte.

Man war versucht anzunehmen, daß gekränkter Ehrgeiz Dinter dazu getrieben hat, seiner eigenen Bewegung einen Dolchstoß zu versetzen. Aber es waren, wie sich jetzt herausstellt, ganz andere Gründe dafür maßgebend. Wie das „Deutsche Tageblatt“ mitteilt, war Dinter nach der Auflösung des Reichstags an Ludendorff mit der Forderung herangetreten, im Wahlkreis Thüringen an erster Stelle für die Reichstagswahl aufgestellt zu werden, während Ludendorff und Strasser ihn — vorbehaltlich der Zustimmung der Landesorganisation — nur den zweiten Platz zugestehen wollten. Da Dinter Bescheid mußte, wie die Landesorganisation über diesen Fall denkt, zog er es vor, in

das Lager der Feinde überzugehen. Der Fall Dinter ist bezeichnend für das Wesen der nationalsozialistischen Bewegung. Man schwärmt für Diktatur, aber nur solange man selbst den Diktator spielen kann. Man kämpft gegen den Parlamentarismus, aber man dreht der Partei den Rücken, wenn das eigene Mandat gefährdet ist.

## Die Diktatoren unter sich.

München, 18. November. (Eigener Drahtbericht. Der „Bölkische Kurier“ war das einzige Hakenkreuzorgan Münchens, seitdem die beiden anderen nach dem Hitler-Putsch eingegangen waren. Da der „Kurier“ ganz ins Lager der Ludendorff-Partei abgesehen ist, gibt die Esser-Streicher-Dinter-Gruppe nunmehr wöchentlich unter dem Titel „Der Nationalsozialist“ ein eigenes Blättchen heraus, um den Kampf gegen die ehemaligen Freunde wirksamer führen zu können. Sämtliche vier Seiten der ersten Nummer beschäftigen sich ausschließlich mit der Ludendorff-Partei, d. h. Esser, der das Blatt seitdem erklärt, er lehne es ab, in jenen Putsch des persönlichen Kampfes herabzusteigen, in dem sich die Anhänger des Bölkischen Blocks so wohl fühlten. Er verzichtet deshalb vorläufig auf die Schilderung einiger nicht politischer, sondern krimineller Momentaufnahmen „aus dem Leben und Vorleben einiger Tierden jenes blumigen, düftigen Kranzes von Ehrenmännern, mit dem geschäftliche aber nicht ehrliche Freunde, das Standbild der Autorität der Ludendorffschen Reichsführerschaft schmücken. Gesagt müsse aber werden, daß der Bölkische Block die Verbindung darstellt von Abgeordneten politischen Gaunertums und halbnackter Ignoranz, von schäbigstem Ehrgeiz und Reichtumsmelie mit diabolischer Gutnützigkeit und politischem Verbrechen, mit politischer Dummheit.“ Zur Herbeiführung der nationalen Wiedergeburt des deutschen Volkes durch die Völkischen aller Schattierungen ist diese Auseinandersetzung zweifellos die richtige Tonart.

## Schwarz-Rot-Gold in Westpreußen.

Republikanischer Tag in Marienwerder.

Unter zahlreicher Beteiligung der westpreussischen Bevölkerung veranstaltete das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold in Marienwerder einen republikanischen Tag und Großdeutschen Tag. Am Samstagabend fand ein Begrüßungsabend statt. Sonntag vormittag versammelten sich die Republikaner in der Ressource. Dr. v. Hollum, Marienwerder und Streicher-Königsberg leiteten unter starkem Beifall die alten republikanischen Farben, das Symbol für Einheit, Freiheit, Vaterland. Um 11 Uhr bewegte sich ein gewaltiger Festzug durch die Straßen zum Hochmeisterplatz, wo Gauweiler, Streicher-Königsberg die Fahne der Ortsgruppe Marienwerder mit eindrucksvollen Worten wehte. Nachmittags zogen die Teilnehmer zur Weichsel, wo Dr. v. Hollum unter stürmischer Zustimmung auf die Ungezügtheit der Grenzziehung an der Weichsel hinwies.

Nach dem Rückmarsch versammelten sich die Massen wieder in der Ressource. Streicher-Königsberg führte dort aus, daß schon vor 100 Jahren bekannte Republikaner für Groß-Deutschland gestritten haben. Auf die vom Deutschen Reich losgerissenen deutschen Brüder wurde ein begeistertes dreifaches „Frei Heil!“ ausgebracht. Nachdem noch die preussische Landtagsabgeordnete Frau Destwicher gesprochen hatte, wurde ein Begrüßungsstelegramm an den Reichspräsidenten abgelesen.

## Katastrophe am Rentenmarkt.

Die gestrige Katastrophe am Rentenmarkt hat wieder einmal gezeigt, wie außerordentlich gefährlich dieses Gebiet für die Risikolust ist. Diese, wie auch die kleine Spekulation ist der Spielball einiger großer Spekulationen geworden. Sonst wäre es unumgänglich gewesen, daß mit Rechnungen operiert werden konnte, die keinerlei Risiko bildeten. Man fürchtet Weiterungen, darum herrscht heute größte Zurückhaltung, doch war der Markt einigermaßen beruhigt. Gegen mittag hörte man Kriegsanleihe mit 8 1/2%, 20er K-Schätze 250, 3/2%, preussische Konsols mit 1400, Schatzgebietsanleihe 6%, Zwangsanleihe 13%. Auch an den Aktienmärkten ist große Zurückhaltung eingetreten. Am internationalen Devisenmarkt neigt der französische Frank zur Abschwächung. Hier ist das Geschäft außerordentlich gering.

über aus, daß nur noch Schlichte, Aufopferungsbereite um ihn wären. . .

„Rag sein,“ lächelte der Greis. „Und doch habe ich eine große Bottschaft zu bringen. Die schlimmste Gefahr, die bis heute deinem Hause drohte, die ist nun abgewendet.“

„Die schlimmste Gefahr, die ist nun abgewendet?“ fragte der Kaiser erstaunt. „Und vom heutigen Tage an?“

„Die Sterne verrieten es mir in der vergangenen Nacht, von welcher Seite her dir das größte Unheil drohte: nicht von der Schleichheit, nicht von der Selbstsucht drohte es dir, sondern von der Dummheit.“

„Von der Dummheit?“ strich der Kaiser über seine Stirn.

„Von der Dummheit,“ lächelte der Greis mit unendlicher Feinheit. „Von der Dummheit — — — die vor heute an in deinem Hause so ausgestorben ist.“

## Fortsetzung des Krieges in den Schulbüchern.

Von Dr. Erich Witte.

Der Weltkrieg scheint seit sechs Jahren zu Ende zu sein. Er wird indes in Wirklichkeit noch fortgesetzt, zwar nicht mit Gewehrfugeln und Granaten, mit Flugzeugen und mit Unterseebooten, wohl aber mit dem geschriebenen und dem gesprochenen Wort, leider auch mit Schulbüchern. Die Carnegie-Stiftung für den Weltfrieden (Notation Carnegie pour la Paix Internationale) hat eine Untersuchung über die Bücher veranstaltet, die nach dem Kriege in den Schulen der an demselben beteiligten Staaten gebraucht werden. Für Frankreich, Deutschland, England, Italien und Oesterreich sind die Ergebnisse in einem 450 Seiten starken Bande veröffentlicht worden.

In einer Beilage ahmt die Schulbücher dieser Länder einander. In allen heißt es nämlich: Die Schuld an der Entstehung des Weltkrieges haben die Feinde. Dennoch bestehen wesentliche Unterschiede. Am meisten chauvinistisch sind die französischen Schulbücher. In einer Erzählung werden z. B. die Deutschen mit Banditen verglichen, da sie gleich diesen den ihnen von Bismarck eingepägten Grundlag hätten, daß Recht vor Recht ginge. In einem anderen Buche heißt es: „Die Deutschen müssen sich zu der Bökern gegebelt werden, die unsäglich sind, sich zu regieren und müssen ähnlich wie die Regier unter Vormundschaft gestellt werden. Bevor man über ihr Schicksal entschied, fürchteten sie, die deutschen Despoten könnten wieder ihre Herren werden. So wollten sich im 16. Jahrhundert die amerikanischen Regier nicht zum Christentum bekehren, um nicht im Paradies wieder den Spaniern zu begegnen.“

Frankreich wird dagegen überschwänglich gepriesen: „Frankreich, der alte Wall der Zivilisation, erhob sich stolz, hielt den ersten Ansturm aus, brachte die Barbarenwoge zum Stillstand und widerstand ihr vier Jahre lang. Während die anderen zivilisierten Nationen sich zum Kampfe vorbereiteten und nacheinander ihren Platz an der Seite Frankreichs einnahmen, stand dieses aufrecht da, obwohl es die besten und schönsten seiner Kinder nach Tausenden verlor. Und die Welt, welche sich durch das erhobene Opfer gerettet

fühlte, neigte sich zu seinen Füßen. Meine lieben Kinder, wie süß ist es doch, einer so edlen Nation anzugehören, wie schön ist es doch, ein Franzose zu sein!“

Man darf aber nicht glauben, daß alle Lehrer in Frankreich in diesem Geiste Unterricht erteilen. Denn auch die französischen Schulbücher chauvinistischer als die deutschen sind, so ist doch die Zahl der pazifistischen Lehrer in Frankreich größer als in Deutschland. Im vorigen Jahre hat sich der Kongreß der 70 000 Mitglieder zählenden Hauptgewerkschaft der französischen Lehrer (Syndicat National des Instituteurs Publics de France) einstimmig für Abschaffung des Geschichtsunterrichts ausgesprochen, da er der wissenschaftlichen Grundlage entbehre, mit Fälschungen und Meinungsmaße angefüllt sei und zu einem militaristisch orientierten Patriotismus und Nationalismus erziehe.

Besser als die französischen sind die englischen und die italienischen Schulbücher, in denen zwar auch Deutschland und Oesterreich-Ungarn bei der Behandlung des Weltkrieges einer scharfen Kritik unterzogen werden. Aber aus ihnen kann man die Hoffnung schöpfen, daß die Schüler nicht militaristisch erzogen, sondern für den Pazifismus gewonnen werden.

Am besten sind entschieden die Schulbücher Deutschösterreichs, die auf Grund einer Verfügung vom 10. September 1919 vollständig umgearbeitet wurden. Die Texte, in denen der Krieg verherrlicht wird oder andere Völker in der Achtung herabgesetzt werden, sind entfernt worden. Den Schülern wird gesagt, welches Interesse jede Nation an dem wirtschaftlichen und geistigen Zusammenarbeiten mit anderen Nationen hat. Die Entstehung des Weltkrieges wird mit großer Zurückhaltung durchgenommen; es werden nur die von niemand bestrittenen Tatsachen mitgeteilt.

Direktor Lange ist von der Leitung der Großen Volkssoper freiwillig zurückgetreten.

Die Theater am Buhlag. Der Berliner Polizeipräsident ist vom preussischen Minister des Innern, Genossen Severing, dahin verurteilt worden, daß die auf Grund der ursprünglichen Vereinbarung mit den Berliner Bühnen getroffenen Entscheidungen aufrechterhalten bleiben, und zwar nach der Richtung, daß am Buhlag nur Stücke ersten Charakters aufgeführt werden dürfen. Diese Erklärung des Ministers bedeutet praktisch die Aufhebung des von uns besprochenen Erlasses aus dem Ministerium des Innern, wonach z. B. die Aufführung von „Ballensweins Tod“ im Schauspielhaus und von „Tannhäuser“ in der Staatsoper verboten worden war. Diefen Aufführungen am Buhlag steht jetzt nichts mehr im Wege.

In der Großen Volkssoper findet am Buhlag eine Aufführung von „Fidelio“ unter musikalischer Leitung von Generalmusikdirektor Leo Dieck und in der bekannten Besetzung statt.

Spielplanänderung. Am Theater i. d. Königgräber Straße muß die auf Spielzeit folgende Aufführung „Der Soldat“ verschoben werden. Dafür wird „Der Mann ohne Moral“ gespielt.

Die Schwarz-Weiß-Ausstellung der Akademie der Künste am Pariser Platz ist auch am Buhlag bis nachm. 6 Uhr geöffnet.

## In zwei Instanzen freigesprochen.

### Nachträge zum Ausnahmezustand in Thüringen.

Als die Reichswehr in Thüringen einrückte, nahm sie auf eine Denunziation hin im Schulgebäude der Gemeinde Barngenberg in Thüringen eine Durchsuchung vor, bei der ein Maschinengewehr und mehrere Gewehre auf dem Dachboden gefunden wurden. Bei den damaligen Rechtszuständen reichte dies, aus, um den Schuldigen, Genossen Enke, in Schußhaft zu nehmen. Fast einen Monat ist Genosse Enke seiner Freiheit beraubt gewesen, dann wurde er entlassen. Hinterher wurde auch noch ein Strafverfahren gegen ihn eingeleitet, das wenigstens die Möglichkeit gab, die ganze Haltlosigkeit der gegen Enke erhobenen Beschuldigungen darzutun. Auf Grund des Gesetzes zum Schutze der Republik wurde er angeklagt, ein „Waffenlager“ in Gewahrsam gehabt und der Behörde von dem Aufbewahrungsort nicht Kenntnis gegeben zu haben. In der mündlichen Verhandlung vor dem Schöffengericht Gera (Reuß) stellte sich zunächst auf Befragen der Besatzungszeugen heraus, daß die Schäfte von vielen Gewehren, die gefunden wurden, völlig leert gewesen sind, ob auch das gefundene Maschinengewehr unbrauchbar war, konnte in der Verhandlung nicht festgestellt werden. Enke sollte eines Nachts um 2 Uhr gefangen worden sein, wie er mit einer brennenden Lampe aus dem Schulhaus kam. Auf Befragen der Besatzungszeugen durch den Verteidiger stellte sich aber heraus, daß niemand die nächtliche Spurengestalt erkannt hatte. So fiel die ganze Anklage in sich zusammen und sogar der Staatsanwalt mußte die Freisprechung beantragen, da dem Angeklagten nicht nachgewiesen werden konnte, daß er von der Aufbewahrung der Waffen im Schulgebäude Kenntnis hatte.

Man hätte meinen sollen, daß mit dieser Freisprechung die Sache für die Staatsanwaltschaft erledigt gewesen wäre. Aber wozu gibt es eine Berufungsinstanz! In Thüringen würgen unter der jetzigen reaktionären Regierung solche Prozesse durch alle Instanzen getrieben. Der Staatsanwalt, der selbst die Freisprechung beantragt hatte, veranfaßte eine nochmalige Verhandlung vor der Berufungsinstanz, dem Landgericht Gera. In dem neuen Termin beantragte der Vertreter der Staatsanwaltschaft sogar, obwohl die Beweisaufnahme nichts Neues ergab, 3 Monate Gefängnis!!! Er behauptete, es sei „kein Zweifel“ (so legte er dreimal), daß Genosse Enke das Waffenlager gekannt habe. Der Verteidiger trat die neue Anklage entgegen. Er machte kein Hehl daraus, daß das Verhalten der Staatsanwaltschaft, die in erster Instanz selbst Freisprechung beantragt und dann doch Berufung eingelegt hat, recht eigentümlich sei. Offenbar solle eine Verurteilung erzielt werden, um den angeklagten Sozialdemokraten seines Amtes als Schuldiger entsetzen zu können. Dazu dürfe sich das Gericht nicht hergeben! Das Landgericht Gera wies dem auf die Berufung der Staatsanwaltschaft auf Kosten der Staatskasse zurück. So erfreulich das Resultat ist, für den Monat Schußhaft, den Genosse Enke hat verbüßen müssen, ist damit kein Schadenersatz gemährt. Die Reichswehr bleibt die Entschädigung schuldig und die Steuerzahler haben die Kosten des Prozesses zu tragen. Das Rechtsgefühl ist und bleibt verletzt.

## Rechtspflege und Politik.

### Erörterung im Republikanischen Anwaltsbund.

Vor Mitgliedern des Republikanischen Anwaltsbundes, von dessen Existenz leider immer noch zu wenig Anwälte Kenntnis haben, sprach gestern im Vereinshaus Deutscher Ingenieure Rechtsanwalt Dr. Ferdinand Rübner über das Thema „Rechtspflege und Politik“.

Die Ausführungen des Vortragenden konzentrierten einen Republikaner in keiner Weise befriedigend, und in der sich an den Vortrag anschließenden Debatte kam das auch wiederholt zum Ausdruck. Der ganze Vortrag war im übrigen so matt angelegt, daß der deutsch-nationale Rechtsanwalt Dr. Bloch, der als Gast der Versammlung beimohnte, bezeichnenderweise sagen konnte: „Der Vortrag hätte der Kollege Rübner auch um deutsch-nationalen Anwaltsverein halten können.“ Es kann nicht unwiderprochen bleiben, wenn Rechtsanwalt Rübner die Rechtspflege, wie sie früher war, über allen Klee lobte und sich scharf gegen Sondergerichte der Republik, namentlich gegen die Wurgerichte wandte, ohne die Gründe zu berücksichtigen, die diese Rechtspflege notwendig machten. Völlig unverständlich bleibt seine Behauptung, die Sondergerichte hätten auf die Rechtspflege der Geschworenen einen verderblichen Einfluß ausgeübt. An der Emmingerschen „Justizreform“ übte auch Rübner scharfe Kritik. Die Abschaffung der Schwurgerichte nannte er geradezu eine Gefahr. Demgegenüber plädierte Rechtsanwalt Rübner für die Aufstellung eines neuen Strafgesetzbuches, das vor allem die Rechte des Angeklagten erweitert und das die Frage des politischen Verbrechens neu regelt. Die Befehle der Kammer müsse eine andere werden. Heikelt erregte es, als Rechtsanwalt Rübner erwähnte, daß heute noch bei der Neuherausgabe der Strafgesetze im Strafgesetzbuch die Paragraphen übernommen werden, die von der Beseitigung des Landesherren handelt. Der Herausgeber hat allerdings in einer Randbemerkung dazu geschrieben: „Diese Paragraphen sind heute unpraktisch.“

In der Debatte wurde vor allem von verschiedenen Rednern betont, daß die Rechtspflege vor dem Kriege nicht nur nicht mangelhaft, sondern hundsmiserabel gewesen ist. Man machte darauf aufmerksam, daß die frühere Rechtspflege mit ganz ungerichtetem Schärfe gegen Sozialdemokraten und gewerkschaftlich organisierte vorging. Man erinnerte an den famosen Paragraphen aus der Gewerbeordnung, mit dessen Hilfe man das Streikpostenstreben unumschmeichelt hart bestrafte. Von anderer Seite wurde in der Debatte mit Recht darauf hingewiesen, daß an den vielen Fehlurteilen der letzten Jahre gegen politisch imfingierten Angeklagte nicht die Sondergerichte schuld sind, sondern der Richterstand, der bis zu 99% Proz. deutsch-national ist. Mit Recht wurde auf den unglaublichen Zustand hingewiesen, daß am Reichsgericht kein Rechtsanwalt zugelassen wird, der Berliner und Jude ist. In diesem Zusammenhang wurde auch der unerhörte Fall des Justizrats Dr. Landsberg aus Posen in Erinnerung gebracht. Dieser Anwalt, außerordentlich tüchtig in seinem Fach und besonders beliebt bei seinen Kollegen, wurde, als die Posener in Posen die Herrschaft antraten, heimlos und wollte sich in Leipzig niederlassen. Man lehnte ihn ab, natürlich weil er Jude ist, und zur Begründung der Ablehnung sagte man einfach: keine ganze Art paßt uns nicht. Ein bezeichnendes Schlagwort auf die Befinnung der Richter war die Mitteilung eines Anwalts, aus der hervorging, daß das Kammergericht auf seinen amtlichen Briefen seit geraumer Zeit zum Schließen der Briefe weiße Oblaten verwende, weil ihm die Siegel mit dem neuen Adler der Republik unangenehm sind. Alle Redner der Debatte waren darin einig, daß der neue Reichstag die Rechtspflege reformieren müsse.

## Blumenstand.

Jeden Tag führt mich mein Weg an ihm vorbei. Manchmal laufe ich ein paar leuchtweiße Astern oder ein paar glührote Nelken und bringe sie einer, die sich dann freut.

Autos knattern um die Straßenende, Wagen krachen, Trommseluhwerkern mühsam ihren Weg dahin, Leiber quirlen angsthaftend durchs Gewühl — und immer an derselben Stelle eine dicke, poltbläuliche Frau mit kleiner, großen, zarten, starken Blumen. Diese bunten Duftgebüsch, das ist wie Lichtmeer im nächtigen Schacht, wie heller Kristall zwischen graugelben Steinen, wie zarte Frauenhand auf rauhem Männergesicht, das ist wie eines Kinderlächeln im häßlichen Getreisch der Zeit. Es ist so qualvoll, durch die Straßen der Stadt zu gehen, es ist so schön, so tröstlich, ein Fleckchen zu wissen, das geheiligt ist. Kein großmächtiger Quaderbau und doch ein Tempel. Leuchtende Hydrantmaschinen, die ihr ewig rost von Arbeit zu Vergnügen, von Vergnügen zu Arbeit, die ihr zwiespältig wurdet im lächerlichen Tagelöhnen, die ihr keine Muttergottesbilder habt und kein Symbol, das nicht eben doch verlogen wäre, Menschen ihr, betet vorm Blumenstand!

Und schenkt die schönsten der Blumen den Frauen, die ihr liebt! Auch das, ihr zeitgehegten Brüder, auch das ist Religion —

## Mister Ettliger.

### Heiratschwindler, Mädchenhändler und Boxer-Champion.

In Neudölln hat sich ein eleganter Gentleman, der sich Mister Ettliger aus Milwaukee nannte, an eine reiche Bauernfamilie, in der eine heiratsfähige Tochter war, herangemacht. Ein mißtrauischer und vorsichtiger alter Onkel aber hat den ganzen Schwindel, denn ein solcher war es, zur Entdeckung gebracht.

„Mister Ettliger“ war, wie er erzählt, vor kurzem erst aus Amerika nach Deutschland gekommen, um hier einige Geschäfte zu erledigen. Außerdem wollte er sich aus „Germany“ eine „Lady“ mitnehmen. Dribben habe er große Marmorbrüche. Auch sei er begeisterter Sportsmann und sei als solcher auch hier im Sportpalast wiederholt in Boxkämpfen aufgetreten. Sein Manager befände sich augenblicklich in Paris, um für ihn abzuschließen und wenn er, Mister Ettliger, sich hier verheiratet habe, werde er mit seiner jungen Frau ebenfalls nach Paris gehen, dort einige Kämpfe ausfechten und endlich nach Amerika heimkehren. Das alles machte auf die Mädchenherzen großen Eindruck, der durch sein Auftreten noch verstärkt wurde. Mister Ettliger wohnte nämlich in einem großen Hotel unter den Linden und ging stets nach der allernuesten Mode gekleidet. In der letzten Zeit blieben die Gesandungen seines Managers aus Paris sowie die seiner Marmorwerke in Amerika aus. So kam es, daß ihm die Eltern seiner augenblicklichen Liebe in Neudölln immer wieder Geld zur Verfügung stellten. Trotz alledem herrschte eitel Freude in der Familie über das „Blut“ der Tochter. Nur ein alter Onkel wollte das Glück nicht recht glauben und wandte sich an das Dezernat zur Bekämpfung des internationalen Mädchenhandels. Kriminalkommissar Johannes Müller und seine Beamten beobachteten jetzt Mister Ettliger, und da auch sie die Ueberzeugung gewonnen, daß an dem „marinen Amerikaner“ nicht alles echt sei, nahmen sie ihn fest. Auf dem Polizeipräsidium wurde er im besten amerikanischen Englisch angeteilt, er erklärte jedoch, gut Deutsch zu können. Im weiteren Verlauf der Verhandlungen stellte es sich heraus, daß kein englischer Wortschatz sich auf „Yes, Sir“, „No, Sir“, „Germany“ und „Lady“ beschränkte. Auch kein bürgerliches Können ist nur sehr gering. Als ihn nämlich einer der Beamten zu einem kleinen Gange aufforderte, legte er, er werde sofort „einen blutigen Waispudding“ aus ihm machen. Die Sache kam aber anders, denn nach 3 Sekunden Kampf war der Champion-Boxer Mister Ettliger in Knockout. Im Erkennungsdienst stellte man an Fingerabdrücken fest, daß er ein 37 Jahre alter Verbrecher Adolf Schatz war. Jetzt blieb ihm vor dem Schreck das „Yes, Sir“ im Halse stecken. Er bestreitet aber, mit dem internationalen Mädchenhändler irgendwie in Verbindung zu stehen. Mitteilungen, die dazu dienen könnten, noch mehr Licht in das dunkle Leben Mister Ettligers zu bringen, nimmt Kriminalkommissar Johannes Müller im Polizeipräsidium in der Ragazinstrasse entgegen.

### Wiederaufnahme des Meineidsprozesses Eggert?

Der vom „Schwurgericht“ (was man heute so nennt) wegen Meineids zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilte Stadtrat Eggert hat bekanntlich die Revision zurückgezogen, so daß das Urteil des Schwurgerichts III rechtskräftig geworden ist und Eggert demnach dem Zuchthaus in Brandenburg zugeführt werden dürfte. Wie und Rechtsanwalt Dr. Johann mittelst, darf aus der Zurücknahme der Revision keinerlei Schuld eingeständnis Eggerts gefolgert werden. Eggert hat sich den Darstellungen der Verteidigung nicht verschlossen, daß das Revisionsverfahren wenig Aussicht auf Erfolg habe, da das Reichsgericht bekanntlich bei Schwurgerichtsurteilen nur die formelle Seite des Verfahrens nachprüfen hat. Es würde dadurch nur die Untersuchungshaft verlängert werden. Inzwischen ist Rechtsanwalt Dr. Johann bemüht, weiteres Beweismaterial zusammenzutragen, um eine Wiederaufnahme des Verfahrens durchzusetzen. Inzwischen haben Justizrat Dr. Lüdicke-Spandau und Rechtsanwalt Johann, die beiden Verteidiger Eggerts, Schritte eingeleitet, um bis zur Erledigung der Rekrutierung des Prozesses im Wiederaufnahmeverfahren die Unterbrechung der Haft im Gnadenwege durchzusetzen.

### Raubüberfall eines falschen Gasrevisors.

Am Montag erlitten kurz nach der Mittagszeit in der Wohnung des Bankbeamten Buhk, Kameruner Str. 19, ein Gasrevisor, der den Verbrauch ablesen wollte. Frau Buhk war allein in der Wohnung. Da der Gasrevisor aber mit allem, was für seine Arbeit erforderlich ist, ausgerüstet war, zweifelte sie nicht an seiner Echtheit und ließ ihn ein. Sie zeigte ihm auf dem dunklen Korridor den Gasmesser, er dem sich der Mann auch sofort zu schaffen machte. Als sie nach einiger Zeit auf dem engen Korridor an ihm vorbeiging, erhielt sie plötzlich einen Schlag auf den Kopf, der sie sofort bewusstlos zu Boden streckte. Erst nach mehreren Stunden erholte sie sich und sah nun, daß der Verbrecher in den Vorderzimmern gewesen war. Hier hatte er einen verschlossenen Schreibtisch geöffnet, die Papiere herausgerissen, noch Geld gewühlt und schließlich auch 150 M. gefunden. Ritzungen, die dazu dienen können, diesen Verbrecher unschädlich zu machen, nimmt das Polizeirevier und das Raubdezernat im Polizeipräsidium Berlin entgegen.

### Mehr Autobusse.

Am 20. November wird die Autoomnibuslinie 8 nach Bilmersdorf durch die Kaiserallee bis zum Kaiserplatz verlängert. Am gleichen Tage erfolgt eine Verlängerung der Linie 5 durch die Hauptstraße, Rheinstraße und Schloßstraße bis zum Rathaus Steglitz. Ferner wird beschlüsselt, am 20. November die Linie B, deren augenblickliche Führung vom Köpenicker Fischmarkt durch die Koch- und Dresdener Straße zum Marienplatz dem Bedürfnis nach einer direkten Verbindung der Prenzlauer Allee einerseits und Neudöllns andererseits mit dem Spittelmarkt nicht mehr entspricht, über den Spittelmarkt zu führen, falls die Zustimmung der Hauptverkehrsstelle rechtzeitig erteilt wird. Die beantragte Verlängerung der Linie B in Neudölln bis zum Ringbahnhof Kaiser-Friedrich-Straße wird, sobald die Hauptverkehrsstelle zustimmt, erfolgen, wenn die ersten neuen Wagen der Gesellschaft angekauft sein werden. Außerdem liegt der Behörde ein Antrag auf Verlängerung der Linie A vom Gesundbrunnen durch die Prinzenallee und Bollnistrasse bis Pantow Kirche vor und schließlich ein

Antrag auf Wiedereröffnung der früher mit Pferdeomnibussen befahrenen Linie 28 — Kaiser-Friedrich-Platz — Roabit. Hier soll ein Autoomnibusverkehr eingerichtet werden, der durch die Blicher-, Königgräber-, Bubapeter Straße, Charlottenburger Chaussee, Brückenallee, Hansaplatz, Bessing-, Strom-, Turm- und Beußelstraße bis zum Bahnhof Beußelstraße gehen soll. Die Linie würde dem vom Hansaviertel lebhaft gewünschten Ersatz für die frühere Straßenbahnlinie 17 bieten.

## Frauen und Wahl.

Genosse Pastor Franke sprach in einer Charlottenburger Frauenwahlerversammlung, die sehr gut besucht war. Er wies auf das dummdreiste Geschwofel nationalistischer Agitatoren hin „früher sei alles besser gewesen“; man müsse sich deshalb zurücksehen. Das hieße also: Rückkehr zum alten System. Richtig ist, sagte der Redner, daß der Würgerkampf heute härter ist; man jedoch der Wahrheit die Ehre geben will, muß eingestehen, daß nicht der Wechsel im Regime daran schuld ist, sondern der verlorene Krieg. Der teilweise Uebergang der Macht in die Hände des Volkes hat den heutigen Niedergang niemals verursacht; ihn haben wir den „glorreichen“ Erregungsdämonen des Krieges zu verdanken. Daneben gibt es aber auch einen Aufstieg des tätigen Volkes, das nicht mehr den Reunen der Junker untertänig ist. Die Gegenwart darf nicht schlechter gemacht werden, als sie ist, hat sie doch den unteren Schichten mehr Freiheit und Würde gegeben. Der Versaillesvertrag hat für Deutschland den verabscheuungswürdigen Militarismus abgeschafft; wir können heute die Jugend zu Samaritanern der Barmherzigkeit erziehen, was sicher eine bessere Zukunft bedeutet als die Aussicht auf den „Heidentum“. Der Referent ging dann zu den aktuellen politischen Fragen über, erklärte ihre Bedeutung für das Proletariat und legte den Frauen ans Herz, der Sozialdemokratie am 7. Dezember ihre Stimme zu geben, denn sie allein kämpft wahrhaft für Frieden und Brot. — In der Diskussion ergoß sich ein kommunistischer Jüngling die Versammlung mit den aus Moskau gelieferten Phrasen, bis heftiger Unwille ihm Schluß gebot.

Die Genossinnen des Bezirk Prenzlauer Berg hatten eine gutbesuchte Frauen-Wählerversammlung veranstaltet, in der die Genossin Wurm sprach. Sie ging davon aus, daß durch den Ausfall der Reichstagswahl die Frage entschieden werden muß, ob Deutschland in Zukunft eine friedliche Entwicklung und damit einen Aufstieg nehmen soll, oder ob neue Verwicklungen einen weiteren und vielleicht endgültigen Niedergang bringen sollen. Trotz aller Kritik, die die Deutschnationalen, wie auch die Kommunisten am Londoner Abkommen geübt haben, konnten doch beide Parteien keinen anderen Weg zeigen, wie aus dem Reparationssektor herauszukommen ist. Bei der Jagd der Deutschnationalen nach Ministerstellen handelte es sich darum, den Schlüssel der Gesetzgebung in die Hand zu bekommen, um die Lastenverteilung aus dem Dams-Gutachten nach ihrem Willen zu regeln. Auf welche Weise das geschehen soll, ersehen wir aus ihren Forderungen nach Schutzgeldern und nach einem Verbot für die Einfuhr von Lebensmitteln. Sie verfolgen damit ihre alte fälschlicherweise als „sozialistische“ dem arbeitenden Volk gegenüber, um ihm die Kraft zum Kampf zu nehmen. — Genossin Wurm forderte die Frauen auf, mitzubekämpfen bei der Arbeit zur Befreiung der Arbeiterklasse. Das Haus, das Heim ist das Gebiet der Frau, wo sich ihr Bekenntnis zum Sozialismus auswirken kann; an unserer Jugend kann schon die Aufklärung beginnen. Wenn jede Frau und jede Sozialistin in dieser Weise wirkt, braucht uns um den Ausfall der Wahl nicht bange sein. Reicher Beifall lohnte der Referentin. Mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie schloß die eindrucksvolle Versammlung.

In Zehlendorf sprach die Landtagsabgeordnete Genossin Marie Kunert vor auf bejubeltem Saal und auch vor sehr viel bürgerlichen Zuhörern über den ominösen § 218 StGB. Bereits vor dem Krieg gab es in Deutschland jährlich 500 000—800 000 Abtreibungen, jetzt ist die Zahl überhaupt nicht mehr zu schätzen. Täglich sterben 10—15, jährlich über 5000 Frauen an den Folgen von Aborten, die sie in ihrer Not und Verzweiflung an sich selber vornehmen. Es muß doch ein ungeborenes und ununterdrückbares Bilde sein, der die Frauen immer wieder treibt, ihre Drahnen mit Zuchthaus zu handeln. Die Nationalen behaupten schamlos, was geschehe aus reiner Vergnügungslust und Betäubungswilligkeit, weil die Frauen ihre Zeit lieber im Kino und auf dem Tanzboden als in der Familie verbringen möchten, eine sinnlose und freche Verhöhnung der proletarischen Frauen. Denn was sie tun, tun sie aus schreiender und unerträglicher Not. Es ist unerhört, wie man mit den Frauen umgeht. In Würtemberg wurde geradezu ein Kesseltreiben gegen sie veranstaltet. Gegen zweitausend wurde ein Strafverfahren eingeleitet, davon kamen 600 in Voruntersuchung und 6 wurden schließlich verurteilt. Wegen dieses lächerlichen Ergebnisses wurden 2000 Frauen monatelang in Angst und Unruhe gestürzt. Im Parlament stehen sämtliche bürgerliche Parteien einschließlich der Frauenvereiner der Aufhebung des § 218 ablehnend gegenüber. Die Sozialdemokratie ist die einzige Partei, die konsequent ist und den Frauen Rettung bringen kann. Jede Frau handelt in ihrem und ihrer Familie Interesse, wenn sie am 7. Dezember die Sozialdemokratie wählt. Die Genossin Dröschler unterführte und verstärkte den Vortrag durch die packende und erschütternde Darstellung von Episoden aus ihrem eigenen Leben.

Aufhebung einer kommunistischen Geheimversammlung. Am gestrigen Montagabend ist eine kommunistische Geheimversammlung in der Ebersstraße in Schöneberg durch Polizeibeamte aufgehoben worden. Der Exekutivbehörde war bekannt geworden, daß eine Anzahl führender Kommunisten, zum Teil Mitglieder der Parteileitung, die augenblicklich von den Gerichten gesucht werden, in einem Lokal in der Ebersstraße zu einer Versammlung zusammenkommen wollten, die offiziell als Wahlerversammlung angelegt war. Die Polizei stellte die Personalien einer Anzahl Kommunisten fest. Es wurden eine Anzahl Wahlaufträge sowie Briefe beschlagnahmt, die, anscheinend unter einer Deckadresse, in dem Lokal deponiert worden waren.

Praktische Altershilfe. Die Vermietung preiswertester gut eingerichteter möblierter Zimmer weist ständig unentgeltlich nach innerhalb des Bezirks Prenzlauer Berg, die Kleinrentnerfürsorge Prenzlauer Berg, Danziger Str. 64, Hof 1 Z., Zimmer 119, Sprechstunden werktäglich von 9 bis 1 Uhr.

Seinen 60. Geburtstag feiert morgen Genosse Karl Reddemann, (Austauschlehrer in Schöneberg 79. Str.), und gleichzeitig sein 25jähriges Parteijubiläum. Genosse Reddemann hat sich lange Jahre hindurch politisch und gemeinschaftlich außerordentlich ruge betätigt.

### Hunderte von Toten auf Batavia.

Zu dem Erdbeben in Monofolo (Batavia) wird gemeldet: Die Zahl der Toten in Radjo Lembang beträgt 170, in Bandung, Lindangan und Sojangan 288, in Bonoroto 48, in Besti 41. Nach immer steigen aus der See schwefelhaltige Gase auf. Der Erdbeben ist noch fortwährend in Bewegung. Gensietruppen wurden entsandt, um Fahrstraßen zu den durch das Erdbeben abgeschnittenen Gegenden zu schaffen.

**Parteinachrichten für Groß-Berlin**  
Einfendungen für diese Rubrik sind  
Berlin G. B., 66, Lindenstraße 3.  
Hets an das Bezirkssekretariat  
2. Hof, 2. Trepp. rechts, 14 Treppen.

2. Kreis Tiergarten, 1.—12. Abt. Handgeißel und Strellen zum Nerven für die Verammlung am Freitag, den 21. Nov., sind sofort bei Schmidt, Bleichstr. 17, abzugeben.
21. Nov. Die Genossinnen und Genossen treffen sich am Freitag früh 9 Uhr bei Frau Albrecht Str. 21 zum Entschreiben. Als freigelegten Genossen müssen erscheinen.
26. Nov. Mittwoch, den 19. November (Pacht), 7 Uhr, Zusammenkunft Gendlicher Mitglieder bei Wilmann, Weidenburger Straße 1. Bernadotter sind herzlich eingeladen.
18. Nov. Karow. Mittwoch, den 9 Uhr, treffen sich die Genossen bei Frau Pöhlgrabenstraße, zur Flugblattverteilung in Lindenber.

# Bewegungsbewegung

## Der Streik der Hochbahner.

Der Reichsarbeitsminister Brauns vermittelt.

Wie wir erfahren, hat der Reichsarbeitsminister die Werkstätten zu einer Unterredung eingeladen, um Mittel und Wege zu finden, die streikenden Parteien zusammenzubringen. Es handelt sich also noch nicht um eine Vermittlungsaktion, sondern um eine Unterredung dazu.

## Selbst die „Teno“ lehnt ab!

Von der Hauptstelle der Technischen Röhrlöhne erhalten wir folgende Zuschrift:

An Ihren Abendausgaben vom 13. und 14. November 1924 war im Zusammenhang mit der Berichterstattung über den Hochbahnerstreik die Möglichkeit eines Einschlags der Technischen Röhrlöhne erwogen worden. Demgegenüber stellt die Hauptstelle der Technischen Röhrlöhne fest, daß in dem vorliegenden Fall ein Einschlag der Technischen Röhrlöhne deshalb nicht in Frage kommen kann, weil die Stilllegung des Hochbahnbetriebes an sich keinen öffentlichen Notstand im Sinne der Richtlinien der Technischen Röhrlöhne darstellt.

Wir geben dieser Zuschrift um so lieber Raum, weil damit der Hochbahndirektor auch die Hoffnung auf die „Teno“ gemindert ist. Wir wüßten auch wirklich nicht, mit welcher Begründung sich der Einschlag der „Teno“ rechtfertigen ließe. Festlich ist damit wohl Klarheit, aber keine Lösung des immer dringender werdenden Verkehrsproblems geschaffen. Besonders die werktätige Bevölkerung empfindet die Stilllegung der Hochbahn als einen unerträglichen Zustand, zumal die Straßenbahn mit ihrem veralteten und unzureichenden Wagenpark und den durch Umbauten aufgestärkten Verkehrsleistungen auch in normalen Zeiten nicht in der Lage ist, ihre Aufgabe zu erfüllen.

Nun dauert die Stilllegung der Hochbahn schon den achten Tag, ohne daß irgendwie ein Schritt unternommen worden wäre, der der geäußerten Bevölkerung Erleichterung brächte. Der Versuch des Vorstehens des Schlichtungsausschusses kann wegen seiner einseitigen und deshalb unannehmbaren Voraussetzungen nicht als ernst gemeint angesehen werden. Das Telegramm des Reichsarbeitsministers ist im Grunde nur eine Umwälzung der Verantwortung. Es ist schlimm um unsere Gemeindebehörden bestellt, daß ein derartiger Streik solange dauern kann, ohne daß sie den Mut zur Initiative aufbringen.

## Unehrliche Lohnpolitik.

Die Unternehmer lassen durch ihre Presse immer wieder sogenannte Nachweise verbreiten über die Unmöglichkeit auskömmlicher Löhne. Sie stützen sich, soweit sie kontrollierbare Zahlen überhaupt veröffentlicht, ausschließlich auf die Veröffentlichungen des Reichsarbeitsministeriums. Es ist schlimm um unsere Gemeindebehörden bestellt, daß ein derartiger Streik solange dauern kann, ohne daß sie den Mut zur Initiative aufbringen.

Auch die Gewerkschaftsorganisationen haben dazu Stellung genommen und vielfach den Nachweis erbracht, daß die veröffentlichten Lohnziffern auf falschen Grundlagen aufgebaut sind. Das Reichsarbeitsministerium hat bisher vermieden, dazu Stellung zu nehmen. Damit ist die Tatsache aber nicht aus der Welt geschafft. Es ist ein unerträglicher Zustand, wenn bei Lohnverhandlungen fortgesetzt von Unternehmern amtliches Material herangezogen werden kann, von dem die Unternehmer selbst wissen müssen, daß es falsch ist.

Alle Lohnverhältnisse bekommen jedoch eine feste Grundlage vor allem durch die Reichsindexziffer der Lebenshaltungskosten. Wenn man diese Reichsindexziffer glauben dürfte, dann wären die Lebenshaltungskosten noch nicht um ein Viertel höher als vor dem Kriege. Es bedarf keiner besonderen volkswirtschaftlichen Kenntnisse, um die Feststellung zu machen, daß diese Statistik unmöglich richtig sein kann. Wir haben in den letzten Monaten eine

ständige Teuerung der Lebensmittel zu verzeichnen, die jedoch in der amtlichen Statistik so gut wie gar nicht zum Ausdruck kommt. Diese fortgesetzte Teuerung, die jeder Hausfrau bekannt ist, zwingt die Gewerkschaften, Lohnforderungen zu stellen. Es ist also nicht, wie es die Unternehmer immer gern hinstellen wollen, daß eine Erhöhung der Löhne eine neue Teuerungswelle verursachen muß, sondern umgekehrt, es ist die Teuerung, die zu Forderungen auf Erhöhung der Löhne führt.

Nun kommen die Unternehmer mit dem Argument, daß höhere Löhne zur Inflation führen müßten. Wir haben schon einmal darauf hingewiesen, daß das Land, wo die höchsten Löhne von allen bedeutenden Industrieländern bezahlt werden, die Vereinigten Staaten von Amerika, zugleich die stabilste Währung hat. Wenn man also Währung und Löhne überhaupt in Verbindung bringen will, dann wird man weit eher sagen können, daß die Währung um so stabiler ist, je höher die Löhne sind.

Tatsächlich läßt sich ein derartiger Nachweis sehr leicht erbringen. Die Währung eines Landes beruht auf dessen Kreditfähigkeit, die wieder abhängig von der Deckung der öffentlichen Ausgaben durch entsprechende ordentliche Einnahmen. In jedem Industrielande werden die Einnahmen des Staates bedingt durch die Steuer- und Verbrauchsfähigkeit der Lohn- und Gehaltsempfänger. Je höher die Löhne und Gehälter aber sind, desto größer ist die Kauf- und Steuerkraft der Lohn- und Gehaltsempfänger. Mit dem Einkommen der Lohn- und Gehaltsempfänger wächst das Einkommen des Staates und damit die Stabilität seiner Währung.

Aber während die Industriellen und ihre politischen Schlepptreuer das Ammenmärchen des Reichsfinanzministeriums aus dem Jahre 1922 wieder aufwärmen, arbeiten sie selbst an der Herbeiführung einer neuen Inflation. Sie fordern — für sich — den Abbau der Steuern, ganz unbekümmert darum, ob der Staat dann noch überhaupt in der Lage ist, seine Ausgaben zu decken. Die Unternehmer also sind es, die sowohl durch die Niedrighaltung der Löhne und Gehälter und durch die Forderung auf Abbau von Steuern an einer neuen Inflation arbeiten. Diese unehrliche Lohnpolitik ist auch eine politische Unehrlichkeit.

## Tagung des Provinzsausschusses des ADG.

Am Sonntag tagte unter starker Beteiligung der Provinzsausschüsse Berlin-Brandenburg des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Das Hauptreferat hielt Ministerialrat a. D. Bruno Falkenberg über Wirtschaftsbewegung und Beamtenschaft. In der Vertretertagung wurde zum Ausdruck gebracht, daß die gesamte Beamtenschaft Berlins und in der Provinz Brandenburg stürmisch sofortige Aufbesserung des Gehalts verlangt. Falls die Aufbesserung nicht ausreichend genug sei, um die große Not der unteren und mittleren Beamtenschaft zu lindern, sei gar nicht abzusehen, welche wirtschaftlichen Kämpfe sich daraus entwickeln können. Der bisherige 1. Vorsitzende des Ortsausschusses Berlin, Steffebauer, wurde einstimmig zum 1. Vorsitzenden des Provinzsausschusses Berlin-Brandenburg gewählt. Ferner wurden in den Vorstand gewählt: Weidmann-Berlin, Wohlfahrt-Teget, Damasky-Frankfurt a. D., Jergang-Potsdam und Bräse-Rottbus.

## Wahlmündung der Transportarbeiter der Metallindustrie.

Den Handels-, Transport- und Verkehrsarbeitern aller Branchen ist es gelungen, sich einen einigermaßen auskömmlichen Lohn zu eringen. Die Transportarbeiter der Berliner Metallindustrie aber gehören immer noch zu den Arbeitern, deren Lohn in keinem Verhältnis zu ihren schweren Arbeitsleistungen steht. Die letzten Lohnaufbesserungen sind völlig unzureichend angesichts der immer teurer werdenden Lebensverhältnisse. Besonders Empörung herrscht darüber, daß die Unternehmer ihr Versprechen den Arbeitern mit großer Kinderzahl, die durch Streikung der Familienzulage besonders hart betroffen werden, einen Ausgleich zu geben, nicht gehalten haben. Die meisten Firmen haben der Anwesenheit des ADG keine genügende Beachtung geschenkt, sondern diese Kinderzulagen fast reiflos gestrichen und vom Lohnverdienst abgezogen. So wird aus einem Wert, einer

sehr bedeutenden Beistimmung in der Brunnenstraße berichtet, daß dort über 100 Arbeiter ein solcher Abzug getroffen hat, wodurch Lohnaufbesserungen bis zu drei Mark wöchentlich zu verzeichnen sind.

Es berührt eigenartig, daß Werksleitungen so handeln und sich in Widerspruch mit den Weisungen ihres Verbandes setzen. Den kinderreichen Familienvätern wird das fägliche Einkommen noch weiter geschnitten. An Stelle von mehr Brot muß der Daron Betroffene seinen Kindern noch weniger geben. Sodann wird bitter empfunden, daß auch die Leistungszuschläge, die über den sonst üblichen Lohn gegeben worden waren und die bei dem neuen Lohnsatz weiter bestehen bleiben sollten, von den Firmen unehrenhaft gestrichen worden sind. In Beschwerdefällen wird den Arbeitern gesagt, daß sie eine Leistungsfähigkeit von neuem erbringen müssen, falls sie Anspruch auf solche Zuschläge erheben. In diesem Verhalten der Unternehmer liegt ein schweres Unrecht, denn derjenige Arbeiter, der bisher als leistungsfähig galt, kann nunmehr, nachdem er einen höheren Lohn zu beanspruchen hat, nicht leistungsfähiger geworden sein.

In diesen Machinationen der Arbeitgeber liegt System. Beim ADG scheint die Absicht zu bestehen, die neuen Lohnverhandlungen, zu denen man sich gezwungenemmaßen verstehen mußte, möglichst unaufrichtig zu machen.

Da das jetzt laufende Lohnabkommen mit dem 1. Dezember zu kündigen ist, so werden die Transportarbeiter der Metallindustrie zu entscheiden haben, wie sie ihre Stellung einrichten wollen, um eine Lohnregelung zu schaffen, die ihren Bedürfnissen mehr Rechnung trägt. Der Deutsche Verkehrsverband hat daher zum 23. November eine Zusammenkunft der Funktionäre einberufen, die sich mit der Angelegenheit von neuem beschäftigen soll.

## Eine Ente.

Die bürgerlichen Nachrichtenbüros verbreiteten gestern eine Londoner Depesche, wonach 80 Angestellte des englischen Transportarbeiterverbandes in den Streik getreten wären, weil der frühere Sekretär des Verbandes und Verkehrsminister in der Arbeiterregierung, Harry Gosling wieder auf seinen Posten zurückgekehrt sei. Der englische Transportarbeiterverband veröffentlicht nun eine Erklärung, worin die getrigte Meldung vom Ausfall der Angestellten der Gewerkschaftsverwaltung demontiert wird. Wenn die genannten Beamten nicht in ihren Bureaus erschienen seien, so sei das nur deshalb geschehen, weil sie eine Zusammenkunft mit dem Vollzugsausschuß des Bundes hatten, um über die Rückkehr des früheren Ministers Gosling als Sekretär des Bundes zu beraten. Am Ende dieser Versammlung sei ein Brief an Gosling gerichtet worden, der sich über den Inhalt des Briefes befriedigt gezeigt habe.

Es wäre doch wirklich sonderbar, wenn über die Befestigung eines Vorstandsmittels einer Gewerkschaft nicht deren Mitglieder, sondern Verwaltungsbeamte bestimmen. Gosling ist durch das Vertrauen der Mitglieder auf seinen Posten berufen worden und nur die Mitglieder haben die Nachbeseitigung, ihm wieder abzuberufen. Es ist demnach überflüssig, zu bemerken, daß gerade das Blatt der ADG, wo ganze „Führergarnituren“ von oben abgesetzt werden, sich mit Wonne auf diese offenkundige Ente stürzte.

## Fortschritt der Internationalen Arbeiterschaft.

Die Ratifikation internationaler Arbeiterschaftsabereinkommen hat in jüngster Zeit rasche Fortschritte gemacht. Bis zum 21. Oktober 1924 waren insgesamt 141 Fälle der Ratifikationen solcher Übereinkommen betreffend die Arbeitslosigkeit die meisten Ratifikationen auf sich vereinigt, für das sich bereits 17 Länder verpflichtet; zunächst kommen dann die Übereinkommen, welche das gewerbliche Nachtarbeitsverbot für Frauen und für Jugendliche beinhalten, die von je 13 Staaten ratifiziert wurden.

## Jugendveranstaltungen.

Lichtenberg Koed. Morgen Fahrt, Treffpunkt: Stralau-Rammsburg 7 Uhr. Herbedeigt Tiergarten. Wandercamp Bienenwerder-Bezirksgruppe. Treffpunkt: 7 Uhr Bahnhof Döllitzstraße.

Berlinmattlich für Politik: Graf Reuter; Wirtschaft: Arthur Götter; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Revolution: Dr. John Schilling; Sozialer und Sozialist: Fritz Kahlert; Anarchist: H. Gluck; Journalist in Berlin: Verlag: Bornmütz-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Bornmütz-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW 8, Lindenstraße 3.



## Leiterwagen

u. alle ander. Transporteräte lieferbar. billigt.

Großer Vorrat.

Georg Wagner

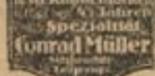
Köpenicker Str. 71.

Tele. 10000.

Keine Scheiterns-

Reklame, aufwands-

reich billigen Preise



Komrad Müller

## Herren-, Damen- und Burschen-Bekleidung

### auf Teilzahlung

Ware kann bei genügendem Ausweis sofort mitgenommen werden

## Bekleidungshaus Kleingold

Weinbergsweg 26, 1. Etage

3 Haus vom Rosenthaler Platz

ca. 700 St. Ickwaten, Jacken, Rodelgarnit., Jump r. Schals, Mützen etc. in neuest. Mustern und richtiger Ausführung, zum Einzel-erkauf ständ. am Lager v. 8.30 bis 19.30 M. Bleyles Kinderbekleidung zu Originalpreisen Bitte kommen Sie vertrauensvoll zu uns; Sie finden das Richtige. Bruno Richter & Co., Fabrikant Thür. Wolwaren, Berlin, Pankow, Mühlentstr. 1, Ecke Breite Str. Gew. 1073/71

## Auf Teilzahlung!

## Herren-Garderobe

Gute Qualitäten zu soliden Preisen

## CAMNITZER

So. 8. Trauerstr. Allee 821, am Freitag und Sonnabend

## HOLZHÄUSER

von 500 Mk. an. Schuppen, Hallen, Garagen etc. liefert preiswert. Lützowstr. 4

Holzhausbau Litzmann

2. 54, Lützowstr. 21-53

berlin 1073/71

Besonders wirksam sind die Kleinen Anzeigen in der Gesamt-Auflage billig!

## Gegen

## bequeme Wochen- oder Monatszahlungen

geben wir jetzt auch aus eigener Fabrikation

## Damen-Konfektion

zu bekannt billigen Preisen ab.

## Oskar Wollburg,

Brunnenstraße 56-57

Kredit-Abteilung.

## Gewinnauszug

## 2. Klasse 24. Preussisch-Süddeutsche (250. Preuß.) Klassen-Lotterie.

1. Ziehungstag: 14. November 1924

Öhne Gewähr. Nachdruck verboten

In der Vormittagsziehung wurden Gewinne über 90 M. gezogen

2 Gewinne zu 5000 R.-M. 191655 247310

3 Gewinne zu 2000 R.-M. 146291 201552

247197

3 Gewinne zu 1000 R.-M. 13661 40447

168314

4 Gewinne zu 800 R.-M. 20606 39238

42252 149380

11 Gewinne zu 500 R.-M. 14134 49486

63683 101771 122639 157501 164527 166661

193529 213747 279212

27 Gewinne zu 300 R.-M. 9490 32890

41186 53044 60871 73555 81187 106390 110262

148645 149312 179331 179125 194331 198842

200737 203294 206446 220707 222987 225172

241299 247385 239018 246182 248824 290688

110 Gewinne zu 150 R.-M. 2784 12205

13799 17199 17794 18431 18896 21194 26467

76556 28518 31009 32118 32667 32721 32786

38548 41338 4859 50818 51768 52292 53472

54039 58973 61554 64939 72300 79555 80570

81685 95114 98626 110801 112297 118000 123809

128496 140413 146307 148874 150493 154690

158238 158551 161354 161718 169254 170109

170609 173035 173332 174012 175473 179165

185331 187017 187237 188348 189418 199747

199782 202430 203172 204291 206142 206823

212527 215440 215819 219827 223273 221855

225757 226207 228912 229207 229535 231727

234068 237622 240706 243720 245763 248563

249731 251254 251872 252414 255667 255854

264357 264812 266896 269578 269640 272850

281139 281676 284876 285532 288922 291921

292590 294390 297412 310592 311500 315239

318628

In der Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 90 M. gezogen

1 Gewinn zu 5000 R.-M. 230282

1 Gewinn zu 3000 R.-M. 26689

3 Gewinne zu 1000 R.-M. 61126 65965

135119

4 Gewinne zu 800 R.-M. 129796 151962

192148 277315

12 Gewinne zu 500 R.-M. 21702 118953

125663 134096 137770 175519 185425 193197

212540 224343 237482 307905

21 Gewinne zu 300 R.-M. 670 17187 51795

74841 79107 83369 90919 108852 110917 123055

135148 141318 143325 171819 179420 206823

211225 250022 265695 290394 296537

98 Gewinne zu 150 R.-M. 547 2913 7201

9168 16722 20061 24270 33439 33101 34861

87197 41989 45614 47257 51750 52330 54752

61428 61430 64352 73129 84450 80590 91204

91410 94465 95091 95228 100550 105389 108146

100630 111371 112012 113258 114704 116425

116558 126729 130154 130876 131492 139946

140876 147072 143821 145015 146442 148193

150101 150645 151639 155335 157396 169766

168189 171540 171701 179199 181444 189886

193013 194523 201476 201787 207771 208882

211714 215541 218805 219978 225993 231226

239972 239911 238423 239240 246661 252821

257719 258333 258942 259401 264599 271970

280694 281050 282322 291668 298161 298711

300199 302931 304542 304967 311499 315907

317689

## Gewinnauszug 2. Klasse 24. Preussisch-Süddeutsche (250. Preuß.) Klassen-Lotterie.

2. Ziehungstag. 15. November 1924

Öhne Gewähr. Nachdruck verboten

In der Vormittagsziehung wurden Gewinne über 90 M. gezogen

1 Gewinn zu 10000 R.-M. 282200

2 Gewinne zu 1000 R.-M. 34537 263900

2 Gewinne zu 3000 R.-M. 133.12 268853

3 Gewinne zu 2000 R.-M. 70135 122268 297029

2 Gewinne zu 1000 R.-M. 138946 152367

6 Gewinne zu 800 R.-M. 34179 73730 80581 127680

168304 253817

14 Gewinne zu 500 R.-M. 93210 95633 108035 110288

119269 122361 120153 147036 177042 202007 262717 296370

308933 319838

25 Gewinne zu 300 R.-M. 43275 73402 100206 102127

104497 105912 110605 125653 147556 149480 180923 182000

188509 203382 218880 248909 250081 250911 277195 278519

280575 291602 290643 301070 309377

93 Gewinne zu 150 R.-M. 230 7594 18092 19569 22720

24282 26501 27525 30071 40565 43650 44455 48441 51275 55891

55467 59267 60124 61971 69347 70499 72091 72611 74184 75861

79394 79649 81708 84774 94705 91841 96267 99088 97592 98592

106412 109273 133321 138116 141083 142339 143026 145088 148335

149022 149699 152907 152636 159338 165047 167078 189135

189449 170584 175339 178058 179630 184918 182259 188455

189344 183880 192410 185522 23497 23658 208999 212716

218368 220828 224921 26024 24065 24065 249331 248801 24445

216211 25606 259940 268382 270694 271681 283676 281071

285214 288294 288698 292845 298600 304475 304594 307949

311615